

Antrag auf Ausstellung einer Verpflichtungserklärung

Angaben zum Gastgeber (verpflichtende Person)

Name	
Vorname	
Geburtsdatum	
Geburtsort	
Staatsangehörigkeit	<input type="checkbox"/> deutsch <input type="checkbox"/>
Aufenthaltsstatus (bei ausländischen Gastgebern)	<input type="checkbox"/> befristete Aufenthaltserlaubnis bis <input type="checkbox"/> Niederlassungserlaubnis / unbefristete Aufenthaltserlaubnis bzw. -berechtigung
Anschrift	
Telefon	
Pass- / Ausweisnummer	
Beruf	
Arbeitgeber	
Anschrift Arbeitgeber	

Angaben zum weiteren Gastgeber (Ehegatte)

Name	
Vorname	
Geburtsdatum	
Geburtsort	
Staatsangehörigkeit	<input type="checkbox"/> deutsch <input type="checkbox"/>
Aufenthaltsstatus (bei ausländischen Gastgebern)	<input type="checkbox"/> befristete Aufenthaltserlaubnis bis <input type="checkbox"/> Niederlassungserlaubnis / unbefristete Aufenthaltserlaubnis bzw. -berechtigung
Anschrift	
Telefon	
Pass- / Ausweisnummer	

Angaben zur Besuchsperson

Name	
Vorname	
Geburtsdatum	
Geburtsort	
Staatsangehörigkeit	
Passnummer	
Anschrift im Heimatland	
Verwandtschaftsverhältnis	<input type="checkbox"/> keines <input type="checkbox"/>
Besuchszeitraum	
Zweck der Einreise	<input type="checkbox"/> Besuch <input type="checkbox"/> Eheschließung <input type="checkbox"/> Kindernachzug <input type="checkbox"/> Sprachkurs <input type="checkbox"/> Studium <input type="checkbox"/> Sonstiges (Erläuterung):

Weitere mitreisende Familienangehörige

Name (Ehegatte)	
Vorname	
Geburtsdatum	
Geburtsort	
Staatsangehörigkeit	

Name (minderj. Kind)	
Vorname	
Geburtsdatum	
Geburtsort	
Staatsangehörigkeit	

Name (minderj. Kind)	
Vorname	
Geburtsdatum	
Geburtsort	
Staatsangehörigkeit	

Die Besuchsperson(en) wohnt/wohnen während Ihres Aufenthalts in Deutschland unter folgender Anschrift

wie Gastgeber

oder

Straße, Hausnummer	
PLZ, Ort	

Angaben zur Bonitätsprüfung

Größe der Familie (unterhaltspflichtige Personen)	<input type="checkbox"/> Ehegatte	<input type="checkbox"/> kein Ehegatte
	<input type="checkbox"/> ___ minderjährige Kinder	<input type="checkbox"/> ___ volljährige Kinder
	<input type="checkbox"/> ___ sonstige Personen	<input type="checkbox"/> keine Kinder
Wohnraumverhältnisse	<input type="checkbox"/> eigenes Haus / Eigentumswohnung	<input type="checkbox"/> Wohnung im Elternhaus
	<input type="checkbox"/> Mietwohnung	
	<input type="checkbox"/> Wohnungsgröße ___ m ²	
Einkommen	<input type="checkbox"/> Arbeitnehmer (unselbständig beschäftigt)	<input type="checkbox"/> selbständig
	<input type="checkbox"/> Arbeitslosengeld I (nicht nach SGB II oder XII)	<input type="checkbox"/> Rente / Pension
	<input type="checkbox"/> Kindergeld	<input type="checkbox"/> Minijob
	<input type="checkbox"/> Elterngeld / Erziehungsgeld	<input type="checkbox"/> Unterhaltsleistungen

Haben Sie in den letzten 6 Monaten bereits eine Verpflichtungserklärung abgegeben?

ja nein

Erklärung des Verpflichtungsgebers zur Abgabe der Verpflichtungserklärung

Ich bestätige, vor Abgabe der Verpflichtungserklärung auf folgende Punkte ausdrücklich hingewiesen worden zu sein:

1. Umfang der eingegangenen Verpflichtungen

Die Verpflichtung umfasst die Erstattung sämtlicher öffentlicher Mittel, die für den Lebensunterhalt einschließlich der Versorgung mit Wohnraum sowie der Versorgung im Krankheitsfall und bei Pflegebedürftigkeit aufgewendet werden, z. B. Kosten für Ernährung, Bekleidung, Wohnraum (privat oder im Hotel) sowie Kosten für Arzt, Medikamente, Krankenhaus, Pflegeheim oder sonstige medizinisch notwendige Behandlungen. Dies gilt auch, soweit die Aufwendungen auf einem gesetzlichen Anspruch beruhen, im Gegensatz zu Aufwendungen, die auf einer Beitragsleistung beruhen. Aus den genannten Gründen empfiehlt sich der Abschluss einer Krankenversicherung.

Der Verpflichtungsgeber hat im Krankheitsfall auch für die Kosten aufzukommen, die nicht von einer Krankenkasse übernommen werden bzw. die über der Versicherungssumme der Krankenversicherung liegen.

Die Verpflichtung umfasst auch die Kosten einer möglichen zwangsweisen Durchsetzung der Ausreiseverpflichtung nach §§ 66, 67 AufenthG. Derartige Abschiebungskosten sind z. B. Reisekosten (Flugticket und/oder sonstige Transportkosten), evtl. Kosten einer Sicherheitsbegleitung sowie Kosten der Abschiebungshaft.

2. Dauer der eingegangenen Verpflichtungen

Die aus der Verpflichtungserklärung resultierende Verpflichtung erstreckt sich unabhängig von der Dauer des zugrunde liegenden Aufenthaltstitels auf den gesamten sich der Einreise anschließenden Aufenthalt, auch auf Zeiträume eines möglichen illegalen Aufenthalts. Im Regelfall endet die Verpflichtung mit dem Ende des vorgesehenen Gesamtaufenthaltes oder dann, wenn der ursprüngliche Aufenthaltswitz durch einen anderen ersetzt und dafür ein neuer Aufenthaltstitel erteilt wurde.

3. Vollstreckbarkeit

Die aufgewendeten öffentlichen Mittel können im Wege der Vollstreckung zwangsweise beigetrieben werden.

4. Freiwilligkeit der Angaben

Alle von mir gemachten Angaben und Nachweise beruhen auf Freiwilligkeit. Mir ist dabei bewusst, dass eine Verpflichtungserklärung unbeachtlich ist, wenn aufgrund fehlender Angaben die Bonität nicht geprüft werden kann.

Ich wurde von der Ausländerbehörde auf den Umfang und die Dauer der Haftung hingewiesen, die Möglichkeit von Versicherungsschutz sowie die zwangsweise Beitreibung der aufgewendeten Kosten im Wege der Vollstreckung, soweit ich meiner Verpflichtung nicht nachkomme.

Ich wurde belehrt, dass unrichtige und unvollständige Angaben strafbar sein können (z. B. bei vorsätzlichen, unrichtigen oder unvollständigen Angaben, vgl. § 95 AufenthG – Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe).

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten gemäß § 69 Absatz 2 Nummer 2h AufenthV gespeichert werden.

Ich wurde darauf hingewiesen, dass eine Ablichtung der Verpflichtungserklärung bei der Auslandsvertretung abzugeben ist und somit vor Antragstellung eine Kopie gefertigt werden sollte.

Weiterhin bestätige ich, zu der Verpflichtung auf Grund meiner wirtschaftlichen Verhältnisse in der Lage zu sein und erkläre, dass ich keine weiteren Verpflichtungen eingegangen bin, die die Garantiewirkung der aktuellen Verpflichtungserklärung gefährden.“

Ich bestätige mit meiner Unterschrift, dass ich den Inhalt dieser Belehrung verstanden und einen Abdruck davon erhalten habe.

Ort, Datum	Unterschrift des Erklärenden
-------------------	-------------------------------------

Erklärung des Ehepartners

Nur notwendig, wenn auch Einkommen des Ehepartners zur Sicherstellung des Unterhaltes des Besuchers herangezogen wird. Bitte dann auch Ausweispapier des Ehegatten mit vorlegen!

Ich bin damit einverstanden, dass mein Ehepartner im Rahmen der Abgabe der Verpflichtungserklärung meine Arbeitgeberbescheinigung vorlegt und dass mein Einkommen bei der Berechnung der pfändbaren Einkünfte gemäß §§ 850 ff. ZPO zum Einkommen meines Ehepartners hinzu gerechnet werden. Ich bestätige ebenfalls mit meiner Unterschrift, dass ich den Inhalt dieser Belehrung verstanden habe.

Ort, Datum	Unterschrift des Ehepartners des Antragstellers
-------------------	--

Falls die Arbeitgeberbescheinigung auch für den Ehegatten benötigt wird, bitte diese Vorlage kopieren!

STADT
TUTTLINGEN



Arbeitsbescheinigung

(zur Vorlage bei der Stadt Tuttlingen – Ausländerwesen)

Hiermit wird bestätigt, dass

Name

Vorname

Geburtsdatum

Adresse

seit / ab dem _____ bei uns als _____

in Vollzeit in Teilzeit zu _____ % _____ Std./Woche geringfügig

Das Arbeitsverhältnis ist ungekündigt gekündigt zum _____

und unbefristet befristet bis _____

Die Probezeit ist beendet endet am _____

Das durchschnittliche monatliche **Nettoeinkommen** beträgt derzeit _____ Euro.

Krankenversichert bei _____

Ort, Datum

Unterschrift des Arbeitgebers:

(Namensangabe bitte in Druckbuchstaben)

Betriebsnummer _____

Telefon für Rückfragen:

Hinweis für den Arbeitgeber:

Gem. § 95 Abs. 2 Nr. 2 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wer unrichtige oder unvollständige Angaben macht oder benutzt, um für sich oder einen anderen einen Aufenthaltstitel oder eine Duldung zu beschaffen, oder eine so beschaffte Urkunde wissentlich zur Täuschung im Rechtsverkehr gebraucht.

Firmenstempel: